

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2017*



Liebe FreundInnen!

Am 31. Januar und 01. Februar ist der Nationalrat wieder zu Sitzungen zusammengekommen. Das bestimmende Thema war natürlich das neue Regierungsprogramm, das erst am Anfang der Woche beschlossen worden war. Die deutsche PKW-Maut, der Schutz der Menschenrechte im Internet und das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) waren weitere wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL

Top Themen

Regierungsprogramm für Österreich – "2017 ist das Jahr der Arbeit"

Das neue Regierungsprogramm für die verbleibenden 18 Monate der Legislaturperiode präsentierten **Bundeskanzler Christian Kern** und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner am Dienstag im Parlament. Der Kanzler ging in seiner Erklärung vor den Abgeordneten detailliert auf die 46 Punkte des Programms "Für Österreich" ein – alle sind mit konkreten Zielen, Zeitplan und Finanzierung versehen. Kern stellte die Zusammenarbeit und die Umsetzung der Vorhaben in den Mittelpunkt: "Es geht uns darum, ganz konkrete Probleme zu lösen und unser Land voranzubringen". Im Zentrum steht das Schaffen von Arbeitsplätzen und die Ankurbelung der Wirtschaft.

Das kommt:

- ✓ Job-Paket für 70.000 neue Jobs durch Senkung der Lohnnebenkosten
- ✓ "Aktion 20.000" für ältere Langzeitarbeitslose
- ✓ 1.500 Euro Mindestlohn
- ✓ Abschaffung der "kalten Progression" - Entlastung der SteuerzahlerInnen
- ✓ Förderung von Start-ups
- ✓ Effizientere Besteuerung ausländischer Konzerne
- ✓ Digitalisierungs-Offensive mit W-Lan und Gratis-Tablets für SchülerInnen
- ✓ Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr
- ✓ Erhöhung der Forschungsprämie
- ✓ Paket für die Lehre
- ✓ Verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten
- ✓ Bessere Gesundheitsversorgung (z.B. kürzere CT-Wartezeiten)
- ✓ Integrationspaket mit Integrationsjahr

- ✓ Sicherheitsoffensive
- ✓ Wohnpaket
- ✓ Europäische Initiative zum Schutz des heimischen Arbeitsmarktes

[Mehr Infos](#) zum neuen Regierungsprogramm "Für Österreich".

Das Regierungsprogramm als Download gibt es [hier](#).

"Österreich hat sich durchgesetzt"

Mit dem neuen Regierungsprogramm wird 2017 zum "Jahr der Arbeit", wie SPÖ-Klubchef Andreas Schieder im Nationalrat betonte. Regierung und Parlament werden das Paket nun "gemeinsam Stück für Stück, Tag für Tag, Bereich für Bereich" umsetzen. Damit ist klar: "Neuwahlen sind vom Tisch, jetzt geht es an die Arbeit!" "Unnötig und uninteressant" findet Schieder die Diskussion, welche Regierungspartei sich durchgesetzt habe, weil: "Österreich hat sich durchgesetzt".



SPÖ-Klubobmann Schieder: "Wir werden das Programm gemeinsam umsetzen. Denn Regierungsarbeit ist kein Solo,- sondern ein Orchesterstück." **NR-Sitzung vom 31. Jänner 2017**

Schutz der Menschenrechte im Internet ([1462 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag thematisiert Hasspostings und Hetze im Internet, die vielfach auch menschenrechtsverletzend sind. Gefordert wird vom Justizminister, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die darauf ausgerichtet sind, BürgerInnen vor bösarigen, ungerechtfertigten Angriffen und Beleidigungen im Internet zu schützen und entsprechende europäische Initiativen weiterhin zu unterstützen.

Bürgerinitiativen & Petitionen: Schutz der europäischen Stahlindustrie & Pkw-Maut ([1463 d.B.](#))

Eine Reihe von Petitionen und Bürgerinitiativen wurden vom Nationalrat diskutiert und zur Kenntnis genommen. Für die SPÖ wichtig sind zwei Initiativen, die noch weiter im Ausschuss beraten werden: Zum einen eine Bürgerinitiative zum Schutz der europäischen Stahlindustrie. Initiiert wurde sie von SPÖ-Industriesprecher, PRO-GE-Vorsitzendem Rainer Wimmer und unterschrieben von über 23.000 ÖsterreicherInnen. Gefordert werden Maßnahmen, um zehntausende Industriearbeitsplätze in Österreich gegen die Konkurrenz durch chinesischen Billig-Stahl zu schützen.

Elektronische Unterstützungserklärungen sind auf der [Homepage des Parlaments](#) möglich.

Ebenfalls weiter auf der parlamentarischen Tagesordnung ist eine Petition betreffend "Einsatz der österreichischen Bundesregierung gegen die Einführung einer diskriminierenden Pkw-Maut in Deutschland", eingebracht von SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. Auch diese Petition gegen die Diskriminierung durch eine deutsche Pkw-Maut kann [elektronisch unterstützt](#) werden.

Rechnungshof-Bericht zum LehrerInnen-Dienstrecht ([III-312/1385 d.B.](#))

Kritisch setzt sich der Rechnungshof mit dem neuen LehrerInnendienstrecht insofern auseinander, als kritisiert wird, dass die Umstellung vom alten auf das neue Dienstrecht zu lange dauert. Von Seiten des Bildungsministeriums wurde betont, dass die Umstellung nicht nur budgetäre, sondern auch pädagogische Gründe hat.

Sammelbericht des Rechnungshofes zu Bildungsinstitutionen ([III-254/1386 d.B.](#))

In diesem Sammelbericht untersuchte der Rechnungshof u.a. das Zentrum für Begabtenförderung (ÖZBF) und kritisierte mangelhafte Zielvorgaben. Das Bildungsministerium informierte dazu, dass die Begabtenförderung derzeit neu strukturiert wird und das ÖZBF in Zukunft mehr projektorientiert finanziert wird.

RH-Bericht Schulbehörden in den Ländern ([III-203/1387 d.B.](#))

Der Rechnungshofbericht zu den Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol war für die SPÖ Anlass, einmal mehr eine Neustrukturierung der Landesschulräte im Zuge der Bildungsreform zu fordern. Bemängelt wird vom RH u.a. die Gebarung des Landesschulrates Oberösterreich und eine de facto-Kostenübertragung von u.a. Spesen des Landesschulratspräsidenten an den Bund. Die SPÖ-Abgeordneten betonten dazu, dass der Bericht zeige, wie wichtig es ist, dass die Landesschulräte im Zuge der Bildungsreform neu strukturiert werden, was ja derzeit verhandelt wird.

Uni-Räte – Rechnungshof kritisiert Vergütungen ([III-294/1464 d.B.](#))

Die Uni-Räte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck waren Gegenstand eines Rechnungshofberichts, der u.a. auf die uneinheitlichen Aufwandsentschädigungen für die Universitätsräte hinweist. Die Vergütungen sind extrem unterschiedlich und reichen von 0 bis 30.000 Euro im Jahr, haben kaum mit der Größe einer Uni zu tun und sind zum Teil nicht nachvollziehbar. Die SPÖ drängt deshalb auf die versprochene Verordnung des Wissenschaftsministeriums, mit der diese Vergütungen einheitlich geregelt werden sollen.

Rechnungshof-Bericht zur Forschungsförderung ([III-283/1465 d.B.](#))

Der Bericht moniert v.a. die unübersichtlichen Zahlungsströme und einen "Programmschunegel". Außerdem wird die Vielzahl an Forschungsförderungsdatenbanken kritisch gesehen, die den Informationsfluss zwischen den Bundesländern und zwischen Bund und Ländern schwierig mache. Aus SPÖ-Sicht bestätigt der Rechnungshof damit auch die Vorschläge im "Plan A" von Kanzler Christian Kern für eine effizientere Forschungsförderung, mehr Transparenz und eine Bündelung der Förderstellen.

RH-Bericht zur KELAG ([III-245/1466 d.B.](#))

Die Kelag Wärme GmbH, Tochter des Kärntner Energieversorgers Kelag, ist Thema dieses Berichts des Kontrollorgans. Kritisiert wurde u.a. der Expansionskurs im vergangenen Jahrzehnt sowie intransparente Vergabeverfahren. Die Kritik hat Wirkung gezeigt: Die Empfehlungen des RH wurden von der Kelag bereits umgesetzt.

NR-Sitzung vom 31. Jänner 2017

Schutz der Menschenrechte im Internet ([1462 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag thematisiert Hasspostings und Hetze im Internet, die vielfach auch menschenrechtsverletzend sind. Gefordert wird vom Justizminister, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die darauf ausgerichtet sind, BürgerInnen vor bösarigen, ungerechtfertigten Angriffen und Beleidigungen im Internet zu schützen und entsprechende europäische Initiativen weiterhin zu unterstützen.

Bürgerinitiativen & Petitionen: Schutz der europäischen Stahlindustrie & Pkw-Maut ([1463 d.B.](#))

Eine Reihe von Petitionen und Bürgerinitiativen wurden vom Nationalrat diskutiert und zur Kenntnis genommen. Für die SPÖ wichtig sind zwei Initiativen, die noch weiter im Ausschuss beraten werden: Zum einen eine Bürgerinitiative zum Schutz der europäischen Stahlindustrie. Initiiert wurde sie von SPÖ-Industriesprecher, PRO-GE-Vorsitzendem Rainer Wimmer und unterschrieben von über 23.000 ÖsterreicherInnen. Gefordert werden Maßnahmen, um zehntausende Industriearbeitsplätze in Österreich gegen die Konkurrenz durch chinesischen Billig-Stahl zu schützen. Elektronische Unterstützungserklärungen sind auf der [Homepage des Parlaments](#) möglich.

Ebenfalls weiter auf der parlamentarischen Tagesordnung ist eine Petition betreffend "Einsatz der österreichischen Bundesregierung gegen die Einführung einer diskriminierenden Pkw-Maut in Deutschland", eingebracht von SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl. Auch diese Petition gegen die Diskriminierung durch eine deutsche Pkw-Maut kann [elektronisch unterstützt](#) werden.

Rechnungshof-Bericht zum LehrerInnen-Dienstrecht ([III-312/1385 d.B.](#))

Kritisch setzt sich der Rechnungshof mit dem neuen LehrerInnendienstrecht insofern auseinander, als kritisiert wird, dass die Umstellung vom alten auf das neue Dienstrecht zu lange dauert. Von Seiten des Bildungsministeriums wurde betont, dass die Umstellung nicht nur budgetäre, sondern auch pädagogische Gründe hat.

Sammelbericht des Rechnungshofes zu Bildungsinstitutionen ([III-254/1386 d.B.](#))

In diesem Sammelbericht untersuchte der Rechnungshof u.a. das Zentrum für Begabtenförderung (ÖZBF) und kritisierte mangelhafte Zielvorgaben. Das Bildungsministerium informierte dazu, dass die Begabtenförderung derzeit neu strukturiert wird und das ÖZBF in Zukunft mehr projektorientiert finanziert wird.

RH-Bericht Schulbehörden in den Ländern ([III-203/1387 d.B.](#))

Der Rechnungshofbericht zu den Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol war für die SPÖ Anlass, einmal mehr eine Neustrukturierung der Landesschulräte im Zuge der Bildungsreform zu fordern. Bemängelt wird vom RH u.a. die Gebarung des Landesschulrates Oberösterreich und eine de facto-Kostenübertragung von u.a. Spesen des Landesschulratspräsidenten an den Bund. Die SPÖ-Abgeordneten betonten dazu, dass der Bericht zeige, wie wichtig es ist, dass die Landesschulräte im Zuge der Bildungsreform neu strukturiert werden, was ja derzeit verhandelt wird.

Uni-Räte – Rechnungshof kritisiert Vergütungen ([III-294/1464 d.B.](#))

Die Uni-Räte der KunstUni Graz und der MedUni Innsbruck waren Gegenstand eines Rechnungshofberichts, der u.a. auf die uneinheitlichen Aufwandsentschädigungen für die Universitätsräte hinweist. Die Vergütungen sind extrem unterschiedlich und reichen von 0 bis 30.000 Euro im Jahr, haben kaum mit der Größe einer Uni zu tun und sind zum Teil nicht nachvollziehbar. Die SPÖ drängt deshalb auf die versprochene Verordnung des Wissenschaftsministeriums, mit der diese Vergütungen einheitlich geregelt werden sollen.

Rechnungshof-Bericht zur Forschungsförderung ([III-283/1465 d.B.](#))

Der Bericht moniert v.a. die unübersichtlichen Zahlungsströme und einen "Programmschunegel". Außerdem wird die Vielzahl an Forschungsförderungsdatenbanken kritisch gesehen, die den Informationsfluss zwischen den Bundesländern und zwischen Bund und Ländern schwierig mache. Aus SPÖ-Sicht bestätigt der Rechnungshof damit auch die Vorschläge im "Plan A" von Kanzler Christian Kern für eine

effizientere Forschungsförderung, mehr Transparenz und eine Bündelung der Förderstellen.

RH-Bericht zur KELAG ([III-245/1466 d.B.](#))

Die Kelag Wärme GmbH, Tochter des Kärntner Energieversorgers Kelag, ist Thema dieses Berichts des Kontrollorgans. Kritisiert wurde u.a. der Expansionskurs im vergangenen Jahrzehnt sowie intransparente Vergabeverfahren. Die Kritik hat Wirkung gezeigt: Die Empfehlungen des RH wurden von der Kelag bereits umgesetzt.

NR-Sitzung vom 1. Februar 2017

Umweltkontrollbericht ([III-316/1416 d.B.](#))

Alle drei Jahre analysiert das Umweltbundesamt die Umweltsituation in Österreich. Die Bilanz ist weitgehend positiv: So haben sich Luftqualität und ökologischer Zustand der Fließgewässer verbessert. Gestiegen ist der Anteil erneuerbarer Energien und die Ressourceneffizienz. Allerdings liegt der Energieverbrauch noch über den Zielen für 2020, auch im Verkehrsbereich ist der Energieverbrauch hoch. Die Bemühungen zur Senkung der Treibhausgase müssen verstärkt werden. Weitere Maßnahmen sind außerdem noch bei der Gewässersanierung und der Grundwasserqualität notwendig.

ORF-Bericht: Positive Bilanz für 2015 ([III-253/1468 d.B.](#))

Ein positives Fazit zieht das ORF-Direktorium in seinem Bericht für 2015. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk konnte trotz der Durchführung des "Song Contest" in diesem Jahr ein positives Geschäftsergebnis von 6,6 Mio. Euro vorweisen. Der gesamte Marktanteil aller ORF-TV-Programme beträgt 35,3 Prozent, was im Vergleich zu 2014 einen leichten Zuwachs bedeutete. Der Marktanteil bei den Radios betrug 73 Prozent, ORF.at erreichte pro Monat durchschnittlich 66 Millionen Visits (plus 11 Prozent im Vergleich zu 2014). Die ORF-TV-Thek erzielte durchschnittlich 20,4 Millionen Onlinevideo-Abrufe pro Monat.

Widerstand gegen deutsche Maut-Pläne

Die deutschen Mautpläne stoßen im Nationalrat auf Widerstand. Sowohl Koalition als auch Teile der Opposition befürworteten in der "Aktuellen Europastunde" Dienstagvormittag rechtliche Schritte, sollte Berlin das umstrittene Vorhaben durchführen, deutsche Pkw-Lenker über Umwege von der Maut auszunehmen. **Verkehrsminister Jörg Leichtfried** versicherte, dass Österreich jede rechtlich sinnvolle Maßnahme ergreifen werde, wenn die Beschlüsse in Deutschland gefallen sind. Gefordert ist jedenfalls die EU-Kommission. **SPÖ-EU-Abgeordnete Karoline Graswander-Hainz** verwies auf die länder- und fraktionsübergreifende Allianz, die im Europaparlament gebildet wurde. "Die EU-Kommission wird sich Mitte Februar in Straßburg den Abgeordneten stellen müssen." **SPÖ-Verkehrssprecher Anton Heinzl**: "Niemand bestreitet das Recht Deutschlands, seine Straßen zu bemaufen. Es darf aber nicht sein, dass deutsche AutofahrerInnen diese Beiträge als Steuergutschrift wieder zurückbekommen und es dadurch zu einer Ausländer-Maut kommt!"

Freihandel: Keine privaten Schiedsgerichte bei CETA

Freihandelsverträge, speziell das EU-Kanada-Abkommen CETA, wurden am Mittwoch im Nationalrat diskutiert. **Staatssekretärin Muna Duzdar** erinnerte daran, dass zu Beginn die Forderungen von Kanzler Christian Kern in der EU als ‚österreichischer Klamauk‘ abgetan wurden – "schlussendlich haben wir wichtige Verbesserungen erreicht". Dem Erreichten dann auch zuzustimmen, sei das Richtige gewesen: "Es stand der Ruf Österreichs als Wirtschaftsstandort und europäischer Partner auf dem Spiel", erinnerte die Staatssekretärin. "Die wichtigste Verbesserung, die wir erreichen konnten, ist, dass CETA den nationalen Parlamenten überhaupt zur Entscheidung vorgelegt wird", so Duzdar. Auch **SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter** verwies auf die konkreten Erfolge der österreichischen Bundesregierung unter Christian Kern: "Die Deklaration zu CETA ist eine verbindliche Erklärung aller Vertragsparteien, die im Sinne des Artikel 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention gilt. Daher ist das ‚right to regulate‘ abgesichert und daher wird es keine privaten Schiedsgerichte geben." Was das EU-USA-Abkommen TTIP betrifft, sind weitere Verhandlungen nach dem derzeitigen Stand "extrem unwahrscheinlich", so Staatssekretärin Duzdar.

Rede vom 01. Februar zum Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA)



Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Die Sorge um mögliche negative Auswirkungen der Globalisierung ist in der Bevölkerung stark zu spüren, das stimmt, und es ist ja tatsächlich sehr vieles in Bewegung. Wir erleben gerade einen umfassenden Umbruch unserer bisherigen Weltordnung, sowohl, was die militärische Sicherheit betrifft, als auch, was die wirtschaftliche

Grundlage unserer sozialen Gesellschaften in Europa betrifft.

Klar ist natürlich auch, dass Österreich – wir wissen das alle – als Exportland zum Schutz seiner Wirtschaft, seines Sozialstaates und seiner ArbeitnehmerInnen auf gute und verlässliche Handelsbeziehungen mit seinen europäischen und globalen Partnern angewiesen ist.

Die schon mehrfach hier erwähnte Politik des neuen US-Präsidenten, aber auch die Entscheidung der Briten, den Binnenmarkt der EU zu verlassen, all das wird die internationalen Handelsbeziehungen sicherlich grundsätzlich verändern. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Slogan „America First“ ein Slogan bleibt und nicht dazu führt, dass die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Firmen und unserer ArbeitnehmerInnen plötzlich hinten anzustehen haben. Wir brauchen jetzt erst recht eine starke gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik der EU, denn nur mit einer starken EU können wir diesen neuen, erschreckend egoistischen und aggressiven Tendenzen, die man von jenseits des Atlantiks bis hierher hört, entgegentreten.

Wir müssen uns also klar sein: Die Bedingungen des Welthandels, von dem auch wir in Österreich fundamental abhängen, werden gerade neu bestimmt. Entweder wir suchen uns gleichgesinnte Verbündete und versuchen, unsere Vorstellung durchzubringen, nämlich die Vorstellung vom fairen Handel, der auf Win-win abzielt und aufbaut, die Vorstellung von hohen Standards für Umwelt, Gesundheit und für soziale Rechte, oder andere bestimmen die Regeln – das ist eben die zweite Seite der Medaille (*Abg. Pirkhuber: Richtig!*) –, sei es China, Indien oder die USA. Das ist mit Sicherheit nicht die Lösung, die wir wollen, das ist sicher nicht in unserem Interesse. Nein, wir wollen jetzt stärker vorgehen und neue Partnerschaften schließen.

Kanada ist, wie hier schon gesagt wurde, für uns sicherlich ein Partner mit großen gemeinsamen Interessen und vergleichbaren Standards. CETA kann – und ich sage: *kann* – daher ein wichtiges und gutes Abkommen werden. Entscheidend ist, dass wir

es auch vernünftig umsetzen. Dazu haben wir uns sowohl im Plenum als auch in der Bundesregierung mehrfach und eindeutig geäußert.

Es gibt auch in CETA noch ernstzunehmende Schwächen beim Schutz unserer Standards, beim Schutz der Daseinsvorsorge, bei den Schiedsgerichten – das war ja jetzt lange das Thema –, aber vielleicht kann man da auch den Schiedsgerichten eine Entwicklung zustehen, indem man sagt, da gibt es erste Schritte und weitere müssen noch folgen. Vielleicht geht das auch nicht alles an einem Tag.

Hier gilt es einfach, ganz in diesem Sinne Veränderungen durchzuführen. Trotzdem bleibt klar, und das hat der Kanzler auch in Brüssel eindeutig klargestellt: Die Schiedsgerichte sind eindeutig von der vorläufigen Anwendung ausgenommen, und Zustimmung von diesem Parlament wird es letztendlich nur geben, wenn dort, wo Schwächen bestehen, eindeutig nachgebessert wird.

Wir wollen qualitativ gute und transparente Handelsabkommen. Das hat auch noch einmal das neue Arbeitsprogramm der Regierung gezeigt. Die bekommen wir aber mit Sicherheit nicht durch die USA und China, wie ich schon gesagt habe; das erreichen wir nur, wenn wir selber handeln. Transparent und gut bedeutet, dass wir CETA und dann alle weiteren Abkommen weiter intensiv hier im Parlament behandeln – auch und vor allem durch dieses Volksbegehren, dessen Kritikpunkte wir sehr ernsthaft und sehr ausführlich debattieren werden.

Eine egoistische Abschottungspolitik kann nicht unser Weg sein, das ist für ein kleines Land wie Österreich auch praktisch gar nicht möglich. Wir wollen aber Handelsabkommen, hinter denen die Österreicherinnen und Österreicher auch stehen können (*Beifall der Abg. Kucharowits*), weil sie fair sind, weil sie umweltfreundlich und sozial sind und weil sie hier bei uns die Arbeitsplätze sichern, anstatt sie zu gefährden. Dafür werden wir uns in den nächsten Wochen weiter einsetzen und verhandeln, hier im Plenum, im Rat in Brüssel und mit unseren Handelspartnern weltweit. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

15.48

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat – Christine Muttonen: Brauchen faire, soziale und umweltfreundliche Handelsabkommen \(01.02.2017\)](#)

[Muttonen fordert Ende der Angriffe in der Ostukraine \(01.02.2017\)](#)

[OSCE PA President Muttonen condemns shooting at Quebec mosque \(30.01.2017\)](#)

[Parliamentary Assembly President Muttonen welcomes sustained British engagement with the OSCE in visit to London \(25.01.2017\)](#)

[Muttonen: Politische Blockade bei OSZE-Missionen muss schnell überwunden werden \(13.01.2017\)](#)

[OSCE PA President Muttonen condemns Istanbul nightclub massacre \(01.01.2017\)](#)

OSZE-Gespräche im House of Lords



In der vergangenen Woche habe ich mich zu einem intensiven Meinungsaustausch mit Lord Fowler, dem Präsidenten des britischen Oberhauses und weiteren Mitgliedern des House of Lords getroffen. Zum einen ging es in den Gesprächen um die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Vereinigten Königreich.

Wir haben aber auch über die OSZE-Beobachtermission in der Ukraine und die Aktivitäten der OSZE in den Bereichen Konfliktmediation, Migration, Menschenhandel und Extremismus gesprochen. Die britischen Delegierten in der OSZE-PV sind bislang immer sehr aktiv gewesen. Angesichts der zunehmend unsicheren Lage an Europas Rändern habe ich gegenüber Lord Fowler meine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die Briten sich auch weiterhin stark in die OSZE einbringen und sich für die Werte einer gesamteuropäischen Sicherheitspolitik einsetzen werden.

IIP-Podiumsdiskussion: „OSZE: Zukunft und Chancen“



Am 19. Januar habe ich an einer Podiumsdiskussion des Internationalen Friedensinstitutes in Wien teilgenommen. Mit mir am Podium saßen neben dem Moderator Andreas Stadler vom OSZE-Vorsitzteam im BMEIA der Sonderbeauftragte des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017 Christian Strohal, der deutsche Politikwissenschaftler Kurt Tudyka und unser

ehemaliger Europaabgeordneter

und Präsident des Internationalen Friedensinstitutes Hannes Swoboda. Auf der Veranstaltung ging es um die Zukunft und Chancen der OSZE angesichts der zunehmenden Krisen und der wachsenden militärischen Konfrontation zwischen Russland und den NATO-Staaten. Als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE habe ich über die aktuelle Arbeit der ParlamentarierInnen berichtet, meine Projekte und Ideen vorgestellt und mich für eine entschiedenen Stärkung der OSZE und der kooperativen und friedlichen Sicherheitspolitik ausgesprochen.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at